



Zwischen Information, Inszenierung und Zensur

Zum Verhältnis von Demokratie, Krieg und Medien

EDITORIAL

Der Krieg gegen den Irak 1991 und der Krieg gegen Afghanistan zehn Jahre später begannen nahezu identisch - mit dem grünlichen Flimmern der CNN-Live-Übertragungen. Doch ebenso wenig wie sich die Bilder verändert haben, hat sich der Diskurs über den Krieg gewandelt.

Harald Müller beleuchtet in seinem neuen *HSFK-Standpunkt* anhand der Kriege, die westliche Demokratien nach dem Ende des Kalten Krieges geführt haben, die politischen Argumentationsmuster vor, in und nach militärischen Auseinandersetzungen. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Medien.

Wie bereitet man demokratische Gesellschaften, die eigentlich friedliche Konfliktlösungen vorziehen, auf Kriege vor, überzeugt Mehrheiten von der Notwendigkeit militärischer Einsätze? Wie können sich Journalisten ein eigenes Bild vom Kriegsgeschehen machen, wenn Regierungen und Militär über ein Informationsmonopol verfügen? Doch nicht nur die offiziellen und kontrollierten Nachrichten beeinflussen das Bild vom Krieg als einer perfekten Operation. Der Blick auf Quoten und Auflagen macht das dramatische Ereignis - möglichst mit einem *human touch* - zum Mittelpunkt vieler Medienberichte und drängt die differenzierte Hintergrundanalyse an den Rand.

Würden Politik, Militär und Medien den Nachkriegsdiskurs zum Anlass nehmen, eine umfassende Bilanz zu ziehen, so könnten sich daraus Lehren für die nächsten Entscheidungen um Krieg und Frieden ergeben.

Nicola Buskotte



Ein Blick auf die Titelseiten der deutschen Presse am 12. September 2001. Neben dem Entsetzen über die terroristischen Verbrechen in New York und Washington findet sich bereits am Tag danach in den Schlagzeilen der Zeitungen, vor allem aber in der Berichterstattung des Fernsehens eine Kriegshetorik, die in den folgenden Tagen und Wochen kontinuierlich verstärkt wird. Bild: dpa

Harald Müller

„The public should not be manipulated, but must believe in the war on terrorism“, so die beschwörende Forderung zweier Experten des U.S. Army War College.¹ In dieser Äußerung drückt sich die ganze Widersprüchlichkeit des westlichen Kriegsdiskurses aus: Die demokratische Öffentlichkeit soll selbstverständlich kontrovers und frei debattieren können. Aber andererseits soll sie vorbehaltlos und einmütig die Kriegsanstrengungen ihrer eigenen Soldaten unterstützen. Die Spannung, in der Grunderfordernisse demokratischer Öffentlichkeit und die Kriegführung des demokratischen Staates stehen, wird hier greifbar.

Wie kommt es, dass friedliebende Demokratien sich für militärische Interventionen entscheiden? Wie schaffen es die Befürwor-

ter von Militäreinsätzen, sich in den Debatten darüber durchzusetzen? Welche Rolle spielen dabei die Medien? Diese Fragen, die an den Kern der demokratischen Außen- und Sicherheitspolitik rühren, müssen angesichts der Erfahrungen aus den letzten zwölf Jahren gestellt werden.

Demokratien, so eine wichtige Theorie der Außenpolitik, seien weniger kriegsgeneigt als andere Staatstypen. Immanuel Kant hat diese Theorie gegen Ende des 18. Jahrhunderts begründet. In seiner Nachfolge ist der „demokratische Friede“ wieder entdeckt und zu einem zentralen Diskurs der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen gemacht worden. Auch in die Politik der westlichen Länder hat er Eingang gefunden. Die Demokratisierung nichtdemokratischer Länder gilt als probates Mittel zur Ausbreitung stabiler Friedenszonen. Und die moralische Qualität der Demokratie gilt seit dem

Eingreifen der NATO im Kosovo 1999 vielen Sicherheitspolitikern und -experten als ausreichender Grund dafür, dass die Allianz der Demokratien ohne Rückgriff auf die vorgeschriebenen Verfahren der Charta der Vereinten Nationen die Gewaltanwendung gegen innere und äußere Friedensstörer beschließen dürfe. Seit Kant stützt sich die Theorie des „demokratischen Friedens“ auf zwei zentrale Argumente:

- Der *nutzenorientierte* Argumentationsstrang behauptet, dass das individuelle Nutzenkalkül der Bürger sie gegen den Krieg einnehmen müsse. Kriege sind riskant für Leib und Leben, sie können in der Niederlage enden, sie ziehen Zerstörung wertvoller materieller Güter nach sich und sie sind in Vorbereitung, Durchführung und Nachsorge teuer. Der nutzenorientierte Bürger indes möchte Risiko und Kosten vermeiden. Daher ist er gegen den Krieg.
- Der *normative* Argumentationsstrang versteht den Bürger hingegen als moralische Person, welche die Werte der Aufklärung internalisiert hat. Die Mitmenschen gelten als mit Würde, Lebens- und Menschenrechten begabte Wesen. Die in der Demokratie eingeübten gewaltfreien Muster der Konfliktbehandlung werden nach außen gewendet: Sie werden für den richtigen Weg gehalten, auch im internationalen Raum mit Differenzen umzugehen. Krieg ist das Gegenteil eines zivilisierten, von Drohung und Gewalt freien Streits. Er führt unvermeidlich zu Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrecht und zu Verlust von Leib und Leben. Der Bürger als moralische Person ist daher „natürlicher“ Kriegsgegner.

Die Entscheidungsprozesse der Demokratie, so die Theorie, geben diesen Präferenzen die Chance, sich gegen etwaige Interessen am Kriege durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kriegsgegnerschaft in einer demokratischen Öffentlichkeit die Mehrheit erhält, sei hoch – es sei denn, es handle sich um einen Verteidigungskrieg, der dem demokratischen Gemeinwesen von einem Angreifer von außen aufgezwungen wird. Darüber hinaus jedoch nimmt die Theorie an, dass Demokratien von sich aus keine Kriege führen werden.

Soweit die Theorie. Im Weltgeschehen seit Ende des Ost-West-Konflikts indes haben die westlichen Demokratien sechsmal zu den Waffen gegriffen: Im Golfkrieg 1991, in So-

malia 1992, in Bosnien 1994/95, im Irak in der Operation „Desert Fox“ 1998, im Kosovo 1999 und in Afghanistan 2001; einmal, in Haiti 1994, wurde eine Militärdiktatur durch Gewaltandrohung zum Abdanken genötigt, ohne dass es zu einem Kampfeinsatz kam. Da in all diesen Fällen gegen Widerstand gekämpft worden ist, handelt es sich de facto um Kriege. Zwar scheuen sich Regierungen heute gelegentlich, diesen Begriff zu benutzen und bevorzugen z. B. den sanfteren Klang der „humanitären Intervention“; das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es sich bei diesen Handlungen um Kriege handelt.

Von den sechs Fällen wird man nur einen – Afghanistan – mit der Selbstverteidigung einer Demokratie in Verbindung bringen können. Dabei wird unterstellt, dass die Beweislage hinreicht, um Al Qaida als Urheber der Anschläge des 11. September zu identifizieren, dass das Afghanistan der Taliban als Mittäter feststeht und dass eine Fortsetzung der Kampfhandlungen durch die Al Qaida zwingend zu erwarten ist. Fünfmal Krieg ohne Selbstverteidigungsgrund: Das ist eine nicht unbeträchtliche Abweichung von Kants Theorie.

Zugleich entspricht es einem Befund, der durch zahlreiche statistische Untersuchungen erhärtet worden ist: Demokratien ragen unter den Staaten dadurch hervor, dass sie gegeneinander keine Kriege führen. Sie gebärden sich jedoch in ihrem Verhalten gegenüber Nichtdemokratien nicht erkennbar friedlicher als diese untereinander oder gegenüber Demokratien. Dieser Befund ist Mehrheitsmeinung in der Wissenschaft, obgleich eine Minderheit den empirischen Daten doch eine Bestätigung der allgemeineren These Kants von der Friedfertigkeit der Demokratien entnehmen zu können glaubt. Der Blick auf die neunziger Jahre stimmt eher skeptisch.

Warum ist das so? Die Kant'sche Theorie ist ja durchaus plausibel und findet im Alltag der Demokratien auch eine Stütze: Deren Bevölkerungen sind keineswegs kriegslüsternd und bevorzugen friedliche Konfliktlösungen. Und selbst wo sie eine als Verteidigungskrieg verstandene gewaltsame Auseinandersetzung mit Mehrheit befürworten, mögen sie kein Kriegsgeschrei. Das musste 1982 die „Sun“ in Großbritannien erfahren, deren chauvinistische Kriegsverherrlichung während des Falkland-Krieges zum Sinken der Verkaufsrate führte. Der Umgang der Regierung mit Krieg und Frieden beeinflusst die Zufriedenheit der Wähler mit dem Regierungshandeln.

Wenn man einmal annimmt, dass die große Mehrheit der Menschen keinen Krieg wünscht, so brauchen die Befürworter gute Gründe, um die Friedensneigung ihres Wahlvolks zu neutralisieren. Andersherum: Die Befürworter eines militärischen Einsatzes müssen die Wähler bewegen, die Forderung nach Intervention in der öffentlichen Meinungsbildung zu unterstützen. Die Promotion einer Intervention kann von der Regierung ausgehen, beispielsweise um Bündniszwängen zu genügen. Sie kann aber auch von privaten „Interventionsunternehmern“ gegen eine widerstrebende Regierung betrieben werden, beispielsweise aus humanitären Motiven, aus Ressentiments gegenüber verachteten Gegnern oder aus wirtschaftlichen Gründen.

Nutzenkalkül und Moral sind die beiden Begründungspfeiler der Theorie vom demokratischen Frieden. Deshalb müssten die Rechtfertigungsgründe für einen militärischen Einsatz beide Argumentationstypen in Kraft setzen, um einen möglichst breiten Konsens oder zumindest eine eindeutige Meinungsmehrheit herzustellen. Die Befürworter müssen überzeugend darlegen, dass der Kriegeinsatz von hohem Nutzen und/oder geringem Risiko und zugleich moralisch geboten sei, um Menschenleben zu schützen, Menschenwürde und Menschenrechte zu wahren oder überhaupt erst wieder herzustellen.

In repräsentativen Demokratien ist der breite politische Diskurs nur über die Medien möglich. Vollends ist die Mitwirkung der Medien unentbehrlich, wenn es sich dabei um auswärtige Angelegenheiten handelt. Denn der Diskurs muss sich auf Informationen stützen, die der Bevölkerung nicht direkt zugänglich sind und deren Beschaffung so schwierig und zeitraubend ist, dass Information überhaupt unterbliebe, wenn sie nicht von den Medien in verdaulicher Form bereitgestellt würde. Drei archetypische Rollenmodelle sind für das Wirken der Medien vor, im und nach dem Krieg entworfen worden:

- Der „Wachhund“, der Aussagen und Begründungen der Regierungen einer schonungslosen Prüfung unterzieht. Dies geschieht vereinzelt, stellt aber nicht die Regel dar.
- Der „Schoßhund“, der als Transmissionsriemen der von der Regierung gewollten Informationspolitik wirkt.
- Der „Kampfhund“, der selbst den Konflikt anheizt, weil Nachrichten und

Bilder aus dem Kriegsdrاما von erhöhtem Marktwert sind.

Im Folgenden wird untersucht, welcher der drei Idealtypen die Rolle der Medien im Kriegsdiskurs am treffendsten beschreibt.

Der Vorkriegsdiskurs

Die argumentative Vorbereitung militärischer Interventionen beruht auf verschiedenen Erfordernissen. Dabei geht es keineswegs darum, die Legitimität dieser Intervention pauschal infrage zu stellen, sondern darum aufzuspüren, welche kommunikativen Schritte Regierende (oder andere Interventionsbefürworter) unternehmen müssen, wenn sie ihr Volk überzeugen wollen.

1. Das *Genozidsyndrom*: Demokratische Öffentlichkeiten reagieren um so betroffener und sind um so eher bereit, einer Intervention zuzustimmen, je höher die Zahl der zivilen Opfer in der laufenden, gewaltsamen Auseinandersetzung ist, in die interveniert werden soll. Besonders lassen sie sich dann beeindrucken, wenn diese Opfer überwiegend einer ethnischen oder religiösen Gruppe angehören. Der Widerstand gegen eine militärische Intervention entfällt nahezu, wenn die Gefahr oder das reale Geschehen als Genozid erscheint. Völkermord ist ein Tatbestand, der in demokratischen Ländern bei breiten Mehrheiten die Überzeugung eines unmittelbaren Handlungszwangs schafft. Zugleich polarisiert dieser Vorwurf am klarsten den

Gegensatz zwischen den eingreifenden Demokratien mit ihrem Respekt für Menschenleben und Menschenwürde und denjenigen Tätern, die beides mit Füßen treten. Die moralische Differenz zwischen Intervenieurem und dem Akteur, gegen den interveniert wird, ist ein wichtiger Bestandteil des Vorkriegsdiskurses.

2. *Dämonisierung der Täter*: Diese moralische Differenz muss wirksam personifiziert werden. Das „Böse“, gegen das sich die Intervention richtet, braucht ein Gesicht. In Irak (Saddam Hussein), Somalia (Aideed), Bosnien (Karadzic), Kosovo (Milosevic) und Afghanistan (Muhammad Omar, Osama bin Laden) war eine solche Personifizierung möglich. Sie wird auf einen plastischen Höhepunkt gesteigert durch die Gleichsetzung des gegnerischen Führers mit der Personifizierung des politischen Bösen in der Neuzeit überhaupt: Adolf Hitler. Wo solche im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten fehlen – Ruanda, Haiti –, fällt es weitaus schwerer, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Eingriff geboten ist. Medienanalysen im Zusammenhang der letzten Kriege betonten immer wieder den starken Drang zur Personalisierung der politischen Konflikte. Im Ergebnis zeigt sich eine Polarisierung der Persönlichkeitsdarstellungen entlang einer Achse Gut/Böse.

Die rhetorische Betonung der moralischen Differenz und die Dämonisierung der gegnerischen Führerpersönlichkeit zielen darauf ab, das besondere, demokratispezifische Kriegspotenzial zu mobilisieren. Demokra-

Der saudische Terroristenführer Osama bin Laden (links) posiert neben dem pakistanischen Journalisten Hamid Mir, Herausgeber der Tageszeitung „Daily Ausaf“, am 8. November 2001 in seinem Versteck in Afghanistan. Seit dem 11. September ist der Kopf der Al Qaida in einem Großteil der westlichen Medien die Personifizierung des Bösen schlechthin. Bild: dpa



Kriegsberichterstattung

Während der Kriege im Kosovo und in Afghanistan ergänzte die „Frankfurter Rundschau“ ihre Berichterstattung täglich mit folgendem Hinweis:

In eigener Sache

Zensur

Wesentliche Informationen über die aktuellen militärischen Aktionen und ihre Folgen unterliegen einer Zensur durch diejenigen Stellen der beteiligten Konfliktparteien, von denen sie verbreitet werden. Eine unabhängige Überprüfung solcher Angaben ist der Redaktion in vielen Fällen nicht möglich. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, dies bei der Lektüre zu beachten.

Die FR-Redaktion

tien vertrauen ihresgleichen weitgehend, hegen aber gegenüber Diktaturen ein tiefes Misstrauen. Mit der Achtung und Hochschätzung der Menschenrechte im eigenen Land und bei den Freunden korrespondiert die Verachtung für diejenigen, die ihre Untertanen unterdrücken, malträtieren und töten. Misstrauen und Verachtung senken die Hemmschwelle gegen die Bereitschaft zur Gewaltanwendung.

In diesem Kontext gibt es beunruhigende Befunde aus den Kriegen der neunziger Jahre. Dazu zählt die gezielte Informationsmanipulation durch von Regierungen bezahlte Public Relations-Agenturen. Eine dieser Agenturen (Hill & Knowlton) – beauftragt von der kuwaitischen Exilregierung – zeichnete verantwortlich für die Verbreitung eines notorischen Videos über irakische Besatzungstruppen in Kuwait. Der Streifen zeigte die angebliche Ermordung Hunderter Babys, die aus den Brutkästen der Krankenhäuser gerissen wurden. Die tieferschütterte Augenzeugin entpuppte sich später als Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington, die jahrelang nicht mehr zuhause gewesen war. Insgesamt gelang es der Agentur nicht nur, den Irak zu verteufeln, sondern auch Kuwait als ein modernes, der Demokratie zugeneigtes Gemeinwesen zu präsentieren, während es sich tatsächlich unter dem gegenwärtigen Herrscher schon vor dem irakischen Angriff von zaghafte Modernisierungsansätzen in eine lupenreine Autokratie zurückverwandelt hatte.

Auch im Bosnien-Konflikt arbeiteten von der bosnischen und von der kroatischen Regierung beauftragte Agenturen (u. a. Ruder Finn) an einer einseitigen Schuldverteilung zu Lasten der Serben. Die Repressalien, welche kroatische und bosnisch-muslimische Kräfte gegen serbische Zivilisten unternommen hatten, wurden verschwiegen. Tudjman und Izetbegovic, beides Autokraten wie Milosevic, wurden zu Demokraten stilisiert. Der Erfolg der in die Öffentlichkeit vermittelten Propaganda war deutlich. Medienanalysen ergaben eine Schwarz-Weiß-Malerei zuungunsten Serbiens. Meine eigene Einschätzung während des Bosnien-Krieges war, dass die Schuld ganz überwiegend bei der serbischen Seite lag. Angesichts von Informationen, die allmählich nach Ende des Krieges zugänglich wurden, würde ich heute die serbische Seite immer noch am stärksten belasten, aber auch den Kroaten und Bosniern erhebliche Schuldanteile am Ausbruch und Verlauf des Krieges zumessen.

Die einseitige Schematisierung wiederholte sich im Fall Kosovo. Dass serbische Familien Pressionen von Seiten der albanischen Mehrheit ausgesetzt waren, dass die UCK Grausamkeiten gegen Zivilisten beging und eine Organisation von dubioser moralischer Qualität war, kam in der öffentlichen Debatte kaum vor. Die Bilder über die Vertreibung der Albaner beherrschten die Szene. Dass mittlerweile andere Darstellungen über das vieldiskutierte Massaker von Rakac oder die Realität des „Hufeisenplans“ der serbischen Streitkräfte gegen die albanische Bevölkerung in Umlauf sind, belegt zumindest, dass der Vorkriegsdiskurs gründlicher und auf einer breiteren Informationsbasis hätte geführt werden müssen.

3. *Unausweichlicher Handlungszwang:* Der militärische Eingriff muss als unausweichliche Notwendigkeit erscheinen, um ein unvertretbares Übel abzuwehren. Gerade weil die humanitäre Intervention sich nicht von selbst aus dem nationalen Interesse, sondern aus politischen Erwägungen ergibt, ist die Vorstellung einer Zwangslage, einer gänzlichen Ausweglosigkeit, die den externen Eingriff erfordert, um so dringlicher. Der Eindruck von Unvermeidlichkeit ist einer der stärksten Befunde der Medienanalysen aus den neunziger Jahren. Krieg erscheint überwiegend als schicksalhafter Eskalationsprozess, zu dem es keine Alternativen gebe. So ist die westliche Verhandlungspraxis in Rambouillet nur vereinzelt und zumeist sehr spät einer kritischen Analyse unterzogen worden: Es dominierte das Bild der unterzeichnenden Albaner (die weitgehend erhalten hatten, was sie wollten) und der sich verweigernden Serben (die die Auflagen der NATO, vor allem die Forderung nach einem unbeschränkten Durchmarschrecht, als unannehmbar ansahen). Zur Impression der Unvermeidlichkeit trägt die gleichfalls häufig monierte Stereotypisierung und Essentialisierung von kulturellen und ethnischen Differenzen bei: Während die Kulturwissenschaften längst davon ausgehen, dass kulturelle und ethnische Identitäten konstruiert, historisch gewachsen und veränderbar sind, läuft die mediale Darstellung auf einen über Jahrhunderte unveränderten, statischen Konflikt zwischen den immer gleichen Parteien hinaus.

Im Übrigen nimmt der Austausch der Argumente für und gegen den militärischen Eingriff einen überraschend geringen Platz in der Berichterstattung ein. Vor allem in den elektronischen Medien steht das sich entfal-

tende Drama der Konfrontation mehr im Mittelpunkt als die Gründe, die für die jeweiligen Positionen angeführt werden. Die Tendenz zur Dramatisierung erzeugt ein Gefühl von Zeit- und Handlungsdruck.

4. *Einsatz ohne Risiko:* Die Aussicht auf geringes Risiko und einen schnellen, guten Ausgang hilft, bestehende Bedenken zu überwinden. Dazu bietet es sich an, Schwierigkeiten eines militärischen Erfolgs, die Chancen des Gegners, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die Möglichkeiten einer internationalen Eskalation herunterzuspielen. Die dominierende Rolle der Luftwaffen dient beispielsweise diesem Ziel. Darüber hinaus hat das westliche Militär, vor allem das amerikanische, diesem aus den Vietnam-Erfahrungen gewonnenen Imperativ durch das kräftige Vorantreiben der „Revolution in Military Affairs“ Rechnung getragen. Die optimale Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, vor allem der Elektronik und Kommunikationstechnik, soll die Wahrscheinlichkeit eines schnellen Sieges bei drastischer Minimierung der eigenen Verluste erhöhen. Jeder in diesem Sinne erfolgreich geführte Krieg projiziert entsprechende Wahrnehmungen in den Diskurs vor Beginn des nächsten. Interessanterweise sind es gerade die Militärs, die gelegentlich im Vorkriegsdiskurs vor den Risiken warnen; diese Warnungen verstummen spätestens mit dem Beginn der Kampfhandlungen.

5. *Verschweigen der Nebenmotive:* Die „Nebenmotive“ der Befürworter müssen aus dem Diskurs weitgehend ausgeblendet bleiben. Die Statusinteressen der Bundesregierungen, nach Wiedererlangung



Bethlehem im April 2002: Während der bewaffnete Palästinenser mit Dutzenden wurde die Arbeit der Journalisten vor Ort



Lagerung der Geburtskirche, in der sich seit mehr als drei Wochen 150 zum Teil Zivilisten und 35 Geistlichen vor den israelischen Soldaten verschanzt hatten, massiv behindert. Bild: dpa

der deutschen Souveränität mit anderen europäischen Mittelmächten gleichzuziehen; der Wunsch der europäischen Länder, sich durch militärische Aktionen als ernsthafte weltpolitische Spieler zu erweisen; die Selbstbehauptungsbedürfnisse der NATO nach Wegfall des weltpolitischen Gegners oder hegemoniale Ansprüche der Supermacht USA haben bei den diversen Einsatzentscheidungen eine Rolle gespielt, hätten aber, wären sie von den Akteuren öffentlich artikuliert worden, die moralische Begründung der Einsätze relativiert.

Der sich in den Medien spiegelnde Diskurs im Vorfeld militärischer Einsätze war nach den Befunden empirischer Medienanalysen zugunsten der Argumentationsstränge verzerrt, die geeignet sind, die in Demokratien vorhandenen Hemmschwellen gegen den Krieg zu senken. Dies schlug sich auch in der Verteilung der Argumente für und gegen den

militärischen Einsatz nieder: Alternative Lösungsvorschläge und grundlegende Gegenargumente kamen selten zum Zuge. Wenn sich die Möglichkeit eines militärischen Einsatzes eröffnet, konzentriert sich das Interesse der Medien, zumal der audiovisuellen, auf die Auftritte und Stellungnahmen der Entscheidungsträger, von denen abhängt, ob die Soldaten in den Krieg geschickt werden. Auf diese Weise erhalten politische Führer eine effektive Plattform, um auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Insoweit sie durch die eigenen Dienste oder Informationsflüsse im Bündnis über privilegierte Informationen verfügen, können sie diese im Sinne der eigenen politischen Ziele ausspielen.

Dies spricht nicht dagegen, dass die Entscheidungen für militärische Einsätze nach Abwägung aller Gründe vielleicht richtig waren. Es verdeutlicht aber, dass nicht alle Gründe wirklich in die Abwägung eintreten konnten und der Diskurs von vornherein zugunsten der Befürworter verzerrt war.

Der Diskurs während des Krieges

Mit dem Beginn des militärischen Einsatzes ist der Diskurs keineswegs zu Ende. Es geht ständig darum zu prüfen, ob die Entscheidung richtig war oder revidiert werden sollte. In modernen Kriegen stecken Eskalationsrisiken, die sie zu typischen Erscheinungen der Risikogesellschaft machen. An den Kriegseintritt muss daher wie an andere weitreichende Entscheidungen die Bedingung geknüpft werden, dass er umkehrbar bleiben muss. Solche Richtungsänderungen hat es ja – siehe Libanon 1983 oder Somalia 1993 – durchaus gegeben.

Voraussetzung ist, dass die Informationen, die über die Kriegführung die „Heimatfront“ erreichen, möglichst vollständig und umfassend hinsichtlich der nutzenorientierten und moralischen Argumente für den Krieg sind. Der Krieg wird nur schwer fortgesetzt werden können, wenn die Zahl der eigenen Gefallenen wider Erwarten ständig steigt, wenn die moralische Differenz zwischen der eigenen und der Gegenseite schrumpft. Dies geschieht, wenn sich eigene „Verbündete“ nicht anders benehmen als der als inhuman etikettierte Feind und wenn die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung, aber auch unter den feindlichen Soldaten, aufgrund der eigenen Kriegführung mit den

Anmerkung und Literatur:

¹ Douglas V. Johnson II/John R. Martin, *Terrorism Viewed Historically*, in: John R. Martin (Hg.), *Defeating Terrorism: Strategic Issue Analyses*, Carlisle, PA, U.S. Army War College 2002, S. 5

Ernst-Otto Czempel, *Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* Jg. 3, Nr. 1, 1996, S. 79-102

Michael W. Doyle, *Ways of War and Peace. Realism, Liberalism, and Socialism*, New York-London, (W.W. Norton 117), 1997. Part 2

Andreas Hasenclever, *Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina*, Frankfurt/M. (Campus), 2001

Erroll Henderson, *Democracy and War: The End of an Illusion?* Boulder, Colorado, (Rienner), 2002

Margarete Jäger/Siegfried Jäger, *Der Beitrag der Medien zur Akzeptanz des Krieges. Ergebnisse und Schlußfolgerungen*, in: dies. (Hg.), *Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen*, Duisburg (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), 2002

Wilhelm Kempf/Irena Schmidt-Regener (Hg.), *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien*, Münster (LIT), 1998

Martin Löffelholz (Hg.), *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation*, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1993

Jonathan Mermin, *Debating War and Peace. Media Coverage of U.S. Intervention in the Post-Vietnam Era*, Princeton (Princeton University Press), 1999

Peter Meyer, *War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation „Allied Force“ im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* Jg. 6, Nr. 2, 1999, S. 287-322

Harald Müller, *Sind Demokratien wirklich friedlich? Zum neuen Forschungsprogramm der HSFK „Antinomien des demokratischen Friedens“*, Frankfurt/M., HSFK-Standpunkte Nr. 2/2001

Harald Müller, *Antinomien des demokratischen Friedens*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 43, Nr. 1, März 2002, S. 46-81

humanitären Gründen, die für den Einsatz angeführt wurden, nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Diese Fragen sind für die beteiligten Regierungen und ihre Streitkräfte sehr wichtig. Regierungen und Streitkräfte verfügen indes in Kriegszeiten nahezu über ein Informationsmonopol. Selten können Journalisten sich ein unabhängiges eigenes Bild vom Kriegsgeschehen machen. Ein neues Hindernis ist die seit dem Falkland-Krieg optimierte Taktik der Informationskontrolle durch die Kriegführenden.

Infolgedessen verschiebt sich die Schräglage des medial geführten Diskurses immer mehr. Informationen werden weitgehend kontrolliert, und insofern nähert sich die Diskursstruktur mehr derjenigen in einer Autokratie an. Die vom Militär zur Verfügung gestellten Bilder erwecken den Eindruck eines „sauberen“ Krieges mit technologischer Perfektion. Das Faszinosum der Waffentechnik wird mit dem scheinbar äußerst eingegrenzten angerichteten Schaden verbunden. Selten wird der militärischen Perspektive die Opferperspektive gegenübergestellt. Es gab weder Bilder der unter den Aerosolbomben – die gegenüber Infanterie wie Massenvernichtungswaffen wirken – zugrunde gehenden irakischen Wehrpflichtigen in den Schützengräben, noch von denjenigen, die von riesigen Bulldozern unter Sand begraben wurden. Das Massaker an den fliehenden Soldaten auf der Straße zwischen Kuwait-Stadt und Basra – „Truthahnschießen“ in den Worten eines alliierten Soldaten – erreichte die Öffentlichkeit erst Tage später. Ausnahme von der Regel, nach der Opfer nicht zu sehen sind, waren die Bilder aus dem zerstörten Bunker, in dem 400 irakische Zivilisten ums Leben kamen.

Während des Bosnien-Krieges gab es erschütternde Nachrichten von den Untaten der serbischen Soldateska. Von Kriegsverbrechen kroatischer und bosnisch-moslemischer Verbände hörte und sah man wenig. Es gab aber diese Verbrechen, denn das Internationale Rote Kreuz prangerte sie früh an, und heute stehen Kommandeure dieser Einheiten in Den Haag vor Gericht. Ganz uninformiert blieb die Öffentlichkeit über die Operationen der UCK, die der NATO im Kosovo-Krieg quasi als Bodentruppen dienten. Hingegen gaben Bilder ziviler Opfer aus Serbien – und natürlich die spektakulären Nachrichten über die Bombardierung der chinesischen Botschaft –, der Kriegskritik (wenn auch begrenzten) Auftrieb.

Entscheidend ist aber, dass in den sehr kurzen Kriegen der neunziger Jahre die diskursive Prüfung der Kriegsgründe anhand des aktuellen Geschehens in der Flut der Echtzeitbilder unterging. Auffällig war in den Medienanalysen der hohe Rang der „human story“ über die eigenen Soldaten und ihre Familien einerseits, die Technik-Stories über die Kriegführung andererseits. Ein begleitender, den Hintergrund kritisch beleuchtender Diskurs war seit Vietnam kaum zu beobachten. Das heißt jedoch, dass die Umkehrbarkeit der Entscheidung nur begrenzt gegeben ist, dann nämlich, wenn die Ikonografie des Krieges, wie in Somalia, schockartig das projizierte Kriegsbild – hier die Vorstellung vom geringen Eigenrisiko – infrage stellt.

Der Nachkriegsdiskurs

Der letzte Teil des Kriegsdiskurses findet nach dem Krieg statt. Hier ginge es idealerweise darum, die Erfahrungen und Lehren des militärischen Einsatzes im Hinblick auf die zu seinen Gunsten vorgebrachten Gründe ebenso kompakt zu bearbeiten, wie das Kriegsgeschehen an der Öffentlichkeit vorübergezogen ist. Genau das geschieht jedoch nicht. Zwar gibt es wohlinformierte, abschließende Bewertungen aus militärischer Sicht, es käme aber darauf an, die Gesamtbilanz aus nutzenorientierter und moralischer Sicht zu ziehen. Die dafür erforderlichen Informationen kommen gerade nicht in kompakter und differenzierter Form an. Ihre Beschaffung und Verbreitung zieht sich über Jahre hin. Vor allem die Medien haben in diesem Zusammenhang das Verdienst, auf diese Weise nach und nach eine Reihe von zunächst verschwiegenen Tatsachen aufgedeckt zu haben:

- das Schicksal der wehrpflichtigen Iraker an der Front;
- das Ausmaß der infrastrukturellen Zerstörungen in Serbien;
- die Gesamtzahl ziviler Opfer;
- den geringen Anteil zielgenauer Munitionen, die im Golfkrieg Verwendung fanden, im Vergleich zu eher groben, flächenwirksamen und wenig präzisen Geschossen;
- die ökologischen Kriegsfolgen;
- die Langzeitfolgen der uranhaltigen Geschosse und das „Golfkriegssyndrom“, alles Themen, bei denen die westlichen Militärführungen einen zähen

Dementierkampf geführt haben und teilweise noch führen;

- die bleibenden Risiken für die Bevölkerung in Kosovo und Afghanistan durch den massiven Einsatz von Streumunitionen, deren nicht detonierte Bestandteile eine den verbotenen Anti-Personenminen vergleichbare Gefahrenquelle darstellen;
- die Entpuppung hochgeschätzter Verbündeter als böse Buben.

All das setzt sich aber nicht zu einem zusammenhängenden Bild des geführten Krieges zusammen, das öffentlichkeitswirksam mit dessen ursprünglich ins Felde geführter Begründung verglichen werden könnte. Eine vergleichende Gesamtbilanz wird de facto nie gezogen. Sie bleibt Einzelinitiativen überlassen, wie sie etwa die Friedensforscher Dieter Lutz und Reinhard Mutz nach dem Kosovo-Krieg unternommen haben. Damit geht für die Öffentlichkeit die wichtigste Lehre verloren, die für den nächsten Vorkriegsdiskurs zu ziehen wäre. Diese Folgerung wiegt gerade heute schwer, da wir uns – angesichts der erklärten Absichten in Washington, das Regime Saddam Husseins gegebenenfalls gewaltsam zu beseitigen – bereits wieder in einem solchen Vorkriegsdiskurs befinden.

Akteure, Interessen und Interaktionen

Welche der drei eingangs genannten Rollenmodelle haben die Medien in den Kriegsdiskursen am häufigsten ausgefüllt?

- Vereinzelt haben sie als „Wachhund“ gewirkt, und zwar die gedruckten eher als die audiovisuellen Medien.
- In der Summe laufen die Studien über Medien und Krieg eher auf das Modell des „Schoßhundes“ hinaus; die Medien wirkten – in einer Art symbiotischer Beziehung zur Politik – vor allem als Sprachrohr der Regierungen.
- Die Rolle des „Kampfhundes“ wird relativ selten eingenommen. Der vielzitierte „CNN-Effekt“ – erst für und dann gegen den Somalia-Einsatz – ist nicht die Regel. Freilich ist nicht zu leugnen, dass die rechtlich geschützte politische Tendenz der Medien in Einzelfällen auf die Verschärfung von Feindbildern hinausgelaufen ist: neutral oder antiirakisch im Golfkrieg bzw. neutral oder antiserbisch in den jugoslawischen Erbfolgekriegen.

Letztlich wird der Diskurs durch die Interessen und Rollen der verschiedenen Akteure vor, während und nach dem Krieg gestaltet. Der Regierung geht es darum, die Bevölkerung von der Triftigkeit der getroffenen Entscheidung zu überzeugen und deren Ergebnis als das von vornherein Gewünschte auszuweisen. Sie kann deshalb nicht umhin, die Informationen so zu dosieren, dass dieses Ziel nach Möglichkeit erreicht wird. Schließlich ist sie auch dafür verantwortlich, dass die Soldaten von zu Hause Unterstützung erhalten und ihren Auftrag gut erledigen können, denn sie trägt eine Fürsorgepflicht für ihre Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Die Bevölkerung erlebt beim Einsatz der eigenen Soldaten gemeinhin eine Aufwallung von Solidarität. Damit wird sie – außer in Situationen, in denen versprochenes Kriegsbild und Wirklichkeit weit auseinander klaffen wie in Vietnam oder Somalia – Nachrichten daraufhin filtern, ob sie den eigenen Patriotismus unterstützen. Ein sachlicher, abgewogener Diskurs hat es auf dieser Basis schwer.

Eine besondere Rolle spielt das Militär, wenn das Schießen kurz bevorsteht oder begonnen hat, weil es am unmittelbarsten über die kriegsnahen Informationen verfügt. Zugleich hat die militärische Führung drei Ziele vor Augen:

- die Preisgabe kriegswichtiger Information an den Gegner zu vermeiden oder ihn durch manipulierte Information irrezuführen;
- die Unterstützung der Heimatfront unter allen Umständen zu wahren;
- den eigenen Status für die Nachkriegszeit womöglich zu verbessern.

Regierung und Militär wollen Medien instrumentalisieren – eine Tatsache, der sich Medien bewusst sind, gegen die sie jedoch wenig tun können. Denn zum einen verfügt die Regierung vor, während und nach Kriegzeiten über einen beträchtlichen Informationsvorteil. Die Medien, deren Marktwert von der Rechtzeitigkeit und vom Gehalt der verfügbaren Informationen abhängt, sind daher auf die Kooperation der Regierung angewiesen. Im Übrigen zeigt die Geschichte auch, dass die patriotische Aufwallung in der Bevölkerung auch die Mehrheit der Medien ergreift. Wenn die Demokratie im Krieg steht, fällt die kritische Distanz auch und gerade den demokratisch Gesinnten schwer. Wenigstens ist jüngst die Absicht des Pentagon am Widerstand von Kongress und Bevölkerung gescheitert, eine Behörde für die mediale Be-

einflussung der Öffentlichkeit auch in Friedenszeiten zu installieren.

Der Wunsch der Bevölkerung, Positives über den Kriegsverlauf, seine moralische Einstufung und die Leistungen der eigenen Soldaten zu erfahren, schafft wiederum eine Nachfrage, welche für die Medien die Umsetzung der von der Regierung kommenden Informationspolitik attraktiver werden lässt. Interessanterweise wurden die Bilder der toten irakischen Zivilisten aus dem Bunker von vielen Menschen als provozierend und zu grausam kritisiert, obwohl die Medien die grauenvollsten Sequenzen bereits herausgeschnitten hatten. Experimentelle Studien nach dem Kriege stellten Menschen den Originalbildern gegenüber und beauftragten sie, daraus eine Nachrichtensequenz zu schneiden. Sie fiel nahezu gleich mit den von den professionellen Medien während des Krieges bereitgestellten Informationen aus. Doch weder die bereinigten noch die originalen Bunker-Bilder änderten die überwiegend unterstützende Einstellung des Publikums zum Krieg. Dies ist ein Dämpfer auf die Hoffnung von Kriegsgegnern, die ungeschminkte Grausamkeit des Krieges würde schnell zu einem Umschlagen der Stimmung führen. Es bedarf wohl einer ganz erheblichen Kumulation von Eindrücken, bevor dies wirklich geschieht.

Schließlich ist ein erheblicher Teil der Medien – vor allem die audiovisuellen und die Boulevardpresse – prioritär auf Unterhaltung ausgerichtet, um damit ein echtes oder vermeintliches Bedürfnis der Bevölkerungsmehrheit zu befriedigen. Das ist hinsichtlich des Krieges nicht anders. Es schließt den Argumentationsprozess der Rechtfertigung und Begründung nicht gänzlich aus, beschränkt aber die Zeit, Intensität und Aufmerksamkeit, die ihm gewidmet werden. Für die Medien besteht hier ein weiterer Anreiz, rationale Hintergrundinformation zugunsten von dramatischen Bildfolgen und „human stories“ zu verdrängen.

Die Bilanz ist ernüchternd. Der reale Kriegsdiskurs entspricht nicht dem für den „demokratischen Frieden“ erforderlichen Idealtypus, er ist vielmehr verzerrt. Auch dieser Befund besagt nichts darüber, ob die Militäreinsätze in dieser Zeit zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sind, ob also die angegebenen Gründe wahr oder unwahr, richtig oder falsch waren. Er besagt vielmehr, dass die Struktur des Diskurses weit von dem Idealtyp entfernt war, der die umfassende, rationale Prüfung unter Nutzen- und moralischen

Christina Ohne, *Der Irre von Bagdad. Zur Konstruktion von Feindbildern in überregionalen deutschen Tageszeitungen während der Golfkrise 1990/91*, New York u.a. (Lang), 1993

Thomas Risse-Kappen, *Democratic Peace-Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument*, in: *European Journal of International Relations*, Jg. 1, Nr. 4, 1995, S. 491-517

Bruce Russett/John Oneal, *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York (Norton), 2001

Niklas Schörning, *Demokratischer Frieden durch überlegene Feuerkraft? Zum ambivalenten Verhältnis von Demokratien und moderner Rüstungstechnologie*, Frankfurt/M., HSFK-Standpunkte, Nr. 3/2001

A. Trevor Thrall, *War in the Media Age*, Creskill, New Jersey (Hampton Press), 1994

Gesichtspunkten ermöglicht hätte. Betrachtet man Interessen und Rollen der Akteure und ihre wechselseitige Verschränkung, entsteht der Eindruck, es könne gar nicht anders sein. Das Zusammenwirken von Demokratie, Medienwelt, Markt und Krieg scheint einen Diskurs nicht zu begünstigen, in dem Rechtfertigungsgründe vorgebracht, geprüft, abgewogen und entschieden werden könnten und wo einmal getroffene Entscheidungen einer kritischen Nachprüfung unterzogen werden würden. Nur wenn in der eigenen Gesellschaft ein „Interventionsunternehmer“ noch nicht aufgetaucht ist und zum Interventionsprojekt insoweit Distanz besteht, ist ein solch substantieller Diskurs möglich, wie es etwa der Bundestag in der Debatte über ein potenzielles militärisches Eingreifen im Irak am 22. Februar 2002 gezeigt hat.

Und selbst den verzerrten Diskurs möchte die Politik noch weiter schwächen. Die CDU/CSU-Opposition hat kürzlich ein „Entsendegesetz“ verlangt, das der Exekutive das Recht einräumt, ohne Zustimmung des Bundestages Einsatzentscheidungen zu treffen. Dem Bundestag bliebe lediglich die Möglichkeit, über die Rückrufung der Soldaten zu beschließen. Da aber der Diskurs über eine Intervention während laufender Kampfhandlungen noch stärker als der Vorkriegsdiskurs zugunsten der Befürworter strukturiert ist, hätte die Regierung dadurch die Möglichkeit gewonnen, durch einseitige Entscheidung den Widerstand von vornherein zu schwächen. Natürlich hat die Exekutive ihr Interesse am Vorschlag der Opposition geäußert. Dass die parlamentarische Minderheit sich freiwillig selbst entmachten möchte, indem sie den vom Verfassungsgericht geforderten Parlamentsvorbehalt auf

diese Weise schwächt, zeigt, wie sehr auch die Opposition auf die künftige Rolle als Exekutive hin denkt und wie wenig sie die Aufgabe, Kontrolle über Einsatzentscheidungen der Exekutive auszuüben, wahrnimmt.

Ein kontroverser Diskurs ist indes die Voraussetzung, unter der sich die friedensbegünstigenden Triebkräfte der Demokratie durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung ist offensichtlich nicht gegeben. Diese Feststellung ändert nichts an der Friedensneigung der meisten Menschen in Demokratien oder an der Qualität dieser Herrschaftsform, die weitaus wünschbarer als andere ist. Sie macht aber skeptisch gegenüber der Hoffnung, dass Demokratien grundsätzlich der Gefahr entgehen werden, ungerechte, unnötige und ungerechtfertigte Kriege zu führen.

An einfachen Rezepten gegen diesen Befund mangelt es, eben weil er nicht auf Unzulänglichkeiten von Journalisten und Politikern, sondern auf strukturelle Gegebenheiten hinausläuft, die sich wahrscheinlich nicht

ändern lassen werden. Die Gegenmittel sind begrenzt: Ein aufmerksamer, wacher Untersuchungsjournalismus; eine mit Bürgersinn begabte Bevölkerung, die die Mühe nicht scheut, sich gründlich zu informieren; eine Friedensbewegung, die den Vorwurf in Kauf nimmt, gelegentlich „unrealistisch“ zu argumentieren, um der Öffentlichkeit eine klare Gegenposition im Diskurs über den Krieg aufzuzeigen.



Prof. Dr. Harald Müller (Jahrgang 1949) ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HSFK, Leiter der Forschungsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“ und Professor für Internationale

Beziehungen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen vor allem zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie in dem Bereich Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Kon-

fliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und andere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit gibt.

V.i.S.d.P.: Nicola Buskotte, Presse- und Öffentlichkeitsreferat der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81

E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332